

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Zobanitzgasse 53.
Besprechungs- und Abrechnungs-
Stunde: Vormittags 10-12 Uhr
Nachmittags 4-6 Uhr.

Alle die Rückgabe erhaltener Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Manahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Manuscripte an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In der Filiale für Inf. Anzeigen:
Otto Kriem, Universitätsstr. 22,
Sonder-Büchse, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 248.

Freitag den 5. September 1879.

73. Jahrgang

Anlage 16,000.

Abonnementspreis Viertel 4 1/2 M.,
incl. Frachtlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegemplar 10 Pf.
Abonnenten für Extrablätter
ohne Postbeförderung 29 M.
mit Postbeförderung 48 M.

Inserte 5 gr. Zeitungs- 20 M.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Erklärung unter dem Redactionsrecht
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosumto-
oder durch Postnachsch.

Bekanntmachung.

Es sollen
Sonabend, den 6. September d. J. von Vormittags 9 Uhr ab
folgende im alten botanischen Garten aufbereitete Holz- und Brennholzarten
an 7 eichene, 2 eichene, 1 lindener, 4 pappelne, 1 kiefern- und 3 fremde Kuppelbäume,
ca. 2 Km. eichene, 8 Km. pappelne, 8 Km. Kirschaumne und 8 Km. kieferne Brennholzarten,
74 Km. diverse Stodschreite und 48 Stück harte Abraumhauen
unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung meist-
bietend versteigert werden.
Zusammenkunft an der Brücke in der verlängerten Albertstraße.
Leipzig, den 27. August 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Stb.

Bekanntmachung.

Errichtung einer Feuerwehreinrichtung in der Oberstadt betreffend.
Zur Errichtung einer Feuerwehreinrichtung in der Oberstadt und hauptsächlich in den Straßen Kreuzstraße,
Geißstraße sowie dem unteren Theil der Inselfstraße oder in unmittelbarer Nähe derselben wird ein Local,
Barriere oder Souterrain nach der Straße gelegen, gesucht. Das Honorar für die Bedienung des Appa-
rates resp. Annahme von Feuermeldungen beträgt jährlich 150 Mark und erwachsen bei Errichtung der
Feuerwehreinrichtung den Herren Hausbesitzern resp. Administratoren keine Kosten.
Diejenigen Inhaber von Wohnhäusern, welche eine Feuerwehreinrichtung übernehmen wollen, hauptsächlich
Hausbesitzer, für welche es sich am besten eignen würde, haben ihre Adresse auf dem Feuerwehrebureau,
Rathhausstr. Nr. 1, 2. Etage niederzulegen, woselbst auch die näheren Bedingungen einzusehen sind.
Meister, Branddirector.

Bekanntmachung.

Die bisher von dem Armenpfleger Herrn Pöppig verwaltete 1. Pflanz- des XXX. Armenbezirks ist,
nachdem Herr Pöppig das Pflanzamt niedergelegt hat, von dem Kaufmann
Herrn Johann Nicolaus Dorff, Rathhausstr. Nr. 4,
übernommen worden.
Leipzig, den 3. September 1879.
Das Armendirectorium.
Im Auftrage: Dr. Fischer.

Der Sturm auf die Schule.

Die in Preußen durch Beseitigung des Ministers
Fallt geschaffene Lage beginnt bereits Früchte zu
tragen. Die ultramontane Partei schickt sich
an, ein massives Ansturm gegen das Aufsicht-
recht des Staates über die Schule in Scene zu
setzen und damit den Versuch zu machen, eine
schwer erlumpfte Gesetzgebung lahm zu legen. Wie
weit der neue Cultusminister in Preußen dem
Drängen des Despotismus nachgeben wird, dafür
sicheln bis zur Stunde sichere Anhaltspunkte;
höhere Anzeichen deuten inebien darauf hin, daß
eine schnelle Handhabung der sog. Waage nicht
geplant wird. Man schreibt uns in dieser für
unser gesammtes politisches Leben in hohem Grade
wichtigen Angelegenheit aus Berlin vom Mitt-
woch: „Die ultramontanen Blätter veröffentlichen
die Beschwerdeschrift, welche der Klerus der
Diöcese Münster und Paderborn in der
Schulfrage an den Cultusminister v. Putt-
lamer gerichtet hat. Das Actenstück schließt mit
der Bitte, der Minister „wolle geneigen, die den
Organen der Kirche bei Ertheilung und Leitung
des Religionsunterrichts durch die kaiserlichen Re-
gierungen bisher bereiten Hindernisse zu be-
seitigen.“ Was die Petenten an concreten Be-
schwerden heftigen, bezieht sich in der That nur
auf den schulpflichtigen Religionsunterricht.
Aber die Begründung der Beschwerden —
reichlich die Hälfte der Schrift — ist durchaus
allgemeiner Natur. Thatsächlich läßt das Ganze
auf die principielle Streitfrage hinaus: Ist die
Schule eine Anstalt des Staates oder der
Kirche? Wie der weltliche Klerus sich diese
Frage beantwortet, erblickt aus folgendem Satze:
„Die katholische Kirche hält daran fest, daß sie den
Auftrag erhalten hat, die Menschen mit Rücksicht
auf ihr ewiges Ziel unter Anwendung derjenigen
Mittel und nach denjenigen Grundsätzen zu er-
ziehen, welche ihr göttlicher Stifter ihr hinter-
lassen hat. Auf die Ausführung dieses Auftrages
kann und darf sie niemals verzichten.“ Hier ist
nicht die Rede von einem auf die Ertheilung des
Religionsunterrichts beschränkten Rechte, sondern
die Herren nehmen für sich die gesammte Er-
ziehung, und zwar der ganzen Menschheit, als ein
von Gott ihnen verliehenes Amt in Anspruch.
Der „organische Zusammenhang der Schule
mit der Kirche“ d. h. die Beherrschung
der letzteren durch die letztere ist, wie aus
einer im Jahre 1872 erlassenen Erklärung der
preussischen Bischöfe wiederholt wird, „ein der
Kirche angeborenes göttliches Recht, dessen sie sich,
selbst wenn sie wollte, nicht entäußern könnte.“
Man braucht den schroffen Gegensatz dieser An-
sicht zu dem Geiste, in welchem der Staat
Preußen das Schulwesen aufstellt, nicht erst zu
kennzeichnen. Dieser Geist hat in der neueren
Gesetzgebung seinen Ausdruck besonders in dem
Gesetze vom 11. März 1872 über die Schulpflicht
erhalten. Begreiflich daher, daß sich gegen dieses
Gesetz der Hauptanstoß von dem Gebiete der
Schule geplante Reaction richtet. Wie die eban-
gelisch-lutherische Synode-Conferenz zu Berlin
ihre Kriegserklärung gegen das bisherige System
mit der Forderung der Beseitigung dieses Gesetzes
begann, so stellte der am 13. August in Münster
berufene katholische Klerus diese Forderung
an die Spitze seiner Resolutionen. Wir können

haben immer geglaubt, daß ein Gesetz, welches,
wie die vorliegende Beschwerdeschrift sagt, die
Schule derart für eine Veranstaltung des
Staates erklärt, „daß die Aufsicht über
dieselbe mit Ausschluß jeder andern Berechtig-
ung lediglich in staatlichen Auftrage gefahrt
werden solle“, — daß ein solches Gesetz nur aus-
sprüche, was sich aus dem Begriffe des heutigen
Staates von selbst ergebe, was außerdem für
Preußen durch Art. 23 der Verfassungsurkunde,
der alle öffentlichen und Privat-Unterricht-
s- und Erziehungsanstalten unter die Aufsicht vom Staate
ernannter Behörden stellt, noch ausdrücklich und
feierlich proclamiert sei. Aber der weltliche
Klerus behauptet, daß es sich hier lediglich um
„unter dem Anstrich einer glaubwürdigen, gottver-
ordneten Parteirichtung erlassene Maßregeln“ handle.
Freilich, was den Religionsunterricht in der öffent-
lichen Volksschule anlangt, so bestimmt die Verfas-
sung, derselbe solle von den betreffenden Religions-
gesellschaften „geleitet“ werden. Aber niemals ist ein
Zweifel darüber gewesen und hat vom rechtlichen
Standpunkte aus ein Zweifel darüber sein können,
daß die „Ertheilung“ des Religionsunterrichts in
der öffentlichen Volksschule nur im Auftrage des
Staates geschehen könne. Aus der vorliegenden
Beschwerdeschrift indes erfahren wir, daß diese
Aufsicht von Seiten der Staatsgewalt „eine
schwer sinnhafte Annäherung des kirchlichen Ver-
trags“ sei. Man sieht, die Sprache der Herren
Geistlichen, welche an einer anderen Stelle auch
in höchstem Tone von der „so genannten nationa-
len Erziehung“ reden, hat trotz der Regierungswil-
kürlichkeit der Centralpartei an Keckheit
Nichts eingebüßt. Dabei nimmt es sich etwas
wunderlich aus, wenn sie drohen: „Auf diese
Weise ist ein Gegensatz zwischen Schule und Kirche
hergestellt, welcher, wenn er andauern sollte, den
Klerus zwingen müßte, die katholischen Eltern
vor einem das kirchliche Leben schädigenden
Einfluß der Schule zu warnen.“ Als ob die
Herren dies „Warnungs“-Geschäft nicht bereits
gründlich betrieben hätten! — Im Allgemeinen
haben wir es in der Beschwerdeschrift lediglich
mit altbekannten Klagen und Ansprüchen zu thun.
Das Neue an der Sache ist nur, daß die Querulanten
dem Herrn Cultusminister von Putt-
lamer ausdrücklich ihr Vertrauen aussprechen, er
werde ihren Wünschen nachkommen. Dies einzige
Neue ist aber auch bemerkenswerth genug. Auf
die Antwort des Herrn von Puttlamer darf man
mit Recht gespannt sein.

Der genannte Herr Minister erklärte bekanntlich
in Köln gelegentlich eines Diners, daß er „auf
einem ganz anderen politischen und kirchlich-religi-
ösen Standpunkte als sein Amtsvorgänger“
hände; es ist also das Schlimmste zu befürchten,
und möglicherweise erweist sich der den Ultramonta-
nen im preussischen Abgeordnetenhaus zugebende
Auspruch Dr. Fall's: „Meine Herren, die
Schule werden Sie niemals erhalten!“ nun
doch als eine Chimäre.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. September.

Die Begegnung der beiden Kaiser Wilhelm
und Alexander in Alexandrowo ist als
hochwichtigere Stoff für „Conjectur“ die Spal-
ten der Tagesblätter. Etwas Positives über das

Verhältniß Deutschlands zu Rußland ist nat-
ürlich nicht zu melden, dem Combinationstalent
der Tagespolitiker ist daher am so mehr der
weiteste Spielraum eröffnet. Eine Reihe weiß
veralteter Depeschen über den Verlauf der Reise
der beiden Monarchen, über die gegenseitigen Be-
suche u. s. w. haben wir zur Verfügung, da sie etwas
wesentlich Neues den bekannten Vorgängen nicht
hinzufügen. Dagegen dürfte folgender Bericht der
„W. Z.“, datirt Berlin vom 3. d. M., inso-
fern von Interesse sein, als er den vortrefflichen
Gesandtschaftsstand Kaiser Wilhelm's constatirt.
Es heißt darin:

„Daß Kaiser Wilhelm mit dem Czaren sich
treffen würde, wurde gestern bei der Parade auf
dem Tempelhofer Felde bekannt; bei dem Galadiner,
das Nachmittags im königlichen Schlosse stattfand,
erzählte der Kaiser selbst, daß er früher, als ur-
sprünglich bestimmt, von hier abreisen würde, um
hinter Thron mit dem russischen Kaiser zusammen-
zutreffen. Der Kaiser fügte, wie erzählt wird, scherz-
haft hinzu, vielleicht machte ihm mancher Secondelieutenant
die Strapazen nicht nach, die ihm bevorstünden,
auf die er sich aber freue, weil er sich recht
wohl fühle. Es war denn auch bei der Parade
die frühere und kühlere Gestalt geradezu aufgefallen,
womit der Kaiser, zu Pferde stehend, den zwei-
maligen Hordemarsh des Gardecorps kritisch
musterte. Die jugendliche Munterkeit des greisen
Monarchen verlegte seine ganze militärische Um-
gebung in recht gehobene Stimmung und es
erwannen Alle die Ueberzeugung, daß jetzt der
Kaiser innerlich wie äußerlich Alles überwinden
hat, was ihn leiblich betreffen. Bei alledem ist
nicht ausgeschlossen, daß die Kette des Monarchen
Befinden auf Geschäftstätigkeit überwiegen, und sollten
die Anstrengungen des Wanders in Ostpreußen
eine Schonung der Kräfte nöthig machen, so würde
der Kaiser nicht nach Siedin kommen, um für Reg-
recht frisch und kräftig zu sein. Allein das sind
eventuelle Maßnahmen; der Kaiser wird, wenn
irgend möglich, nach den Wäldern des ersten
Corps auch die des zweiten mitmachen wollen.“

Es mag nachstehend noch eine Privatdepesche
Platz finden, welche aus gestern noch nach Schluß
des Blattes aus Alexandrowo zugeht. Die-
selbe lautet:

Alexandrowo, 3. September, Abends. Die
Begrüßung beider Kaiser vor eine überaus herz-
liche; beide Monarchen umarmten und küßten sich.
Kaiser Wilhelm trug im Kaiserzimmer des Empfangs-
gebäudes, Kaiser Alexander in der Villa des Ge-
nerals Baron Fren. Beide Majestäten machten
sich gegenseitig dreiviertelstündige Besuche. Das
Diner, zu welchem Wankow, Kogebue und Albe-
byll zugezogen wurden, war glänzend. Kaiser
Wilhelm sah sehr wohl aus und war über den
glänzenden Empfang sehr erfreut.

Was will die Regierung? Diese Frage wird
bis zur Stunde noch immer von den Parteien in
Preußen aufgeworfen, die Unsicherheit ist eine
große und selbst die conservativen Gruppen, welche
doch sonst mit Regierungskreisen Fühlung haben,
tappen im Finstern umher. Bis dieser Seite ist
die Verwirrung besonders groß, daher Unklarheit
und Spaltung, die bis zur offenen Felde gediehen
sind. Man schreibt uns über die in liberalen
Kreisen Berlins ausgedehntlich herrschenden
Anschauungen von dort wie folgt: „Wer
etwa noch gehofft hat, daß die „Provin-
zial-Correspondenz“ in dieser Woche endlich
eine klare und unumwundene Aufklärung über
die Absichten der preussischen Regierung für
die bevorstehende Legislaturperiode bringen
würde, sieht sich abermals enttäuscht. Das Re-
gierungsvor beantwortet die seit einem Monat von
allen Seiten, von fast allen Parteien an daselbe ge-
richteten Fragen mit unüberwindlichem Schweigen.
Seine Verlegenheit sucht es abermals durch eine
Polen! gegen die nationalliberale Partei zu
verdecken, diesmal aber in so vollständig unglück-
licher Weise, daß es dem Leser wirklich schwer fällt,
ernst zu bleiben. Die „Prov.-Corr.“ weist den
nationalliberalen Blättern vor, sie müßten sich ab-
„dem Gelpenst einer kirchlichen Reaction, welche
namentlich die Schulverwaltung ergreifen soll,
blauben zu verschaffen, um einen Bahrtzug zu ge-
winnen, der auf die Rettung der angeblich bedroh-
ten, erst vor vier Jahren begründeten und durch
Staatsgesetz verbürgten Verfassung der eban-
gelischen Kirche und auf Rettung der Schule
vor einer angeblich drohenden Rückkehr zu
den ihrer Zeit viel heftigsten Regulativen und
vergleichlichen lautet. Es ist kaum ein geschickter
Rückgriff, von Kirche und Schule zu reden, wenn
Eisenbahnen und Steuern auf der Tagesordnung
sind. Die ersten Institutionen sind wohl zur
Pflege der idealen Güter bestimmt; deswegen kann
man sich doch nicht alle Tage mit ihnen be-
schäftigen.“ Es mag ja sein, daß für die Autoren
der „Prov.-Corr.“ die Angelegenheiten von Kirche
und Schule einwillen nicht auf der Tagesordnung
stehen; aber der Ideenkreis dieser Herren ist doch
nicht gleichbedeutend mit dem Inhalte des ge-
samten öffentlichen Lebens in Preußen! Wenn

die „Prov.-Corr.“ in der glücklichen Lage ist, einen
ganzen Sommer hindurch immer nur wieder ihr
vor Jahr und Tag einstudirtes Liedchen vom „Schutz
der nationalen Arbeit“ zu wiederholen und sich sonst
um die Vorgänge in der Außenwelt gar nicht zu
kummern — uns Anderen ist dies beneidenswerthe
Loos nicht beschieden. Was der „Prov.-Corr.“
als „Gelpenst“ erscheint, wir haben es bereits in
voller Wirklichkeit gesehen. Wir wollen die sati-
sam bekannten Forderungen des ultramontanen
Klerus und der evangelisch-orthodoxen Pastoren
nicht nochmals aufzählen. Die „Prov.-Corr.“ mag
ja im Vertrauen auf die Fertigkeit der Regierung
recht geringschätzig von diesen Vorgängen denken;
wolle sie aber doch, soweit die übrige Menschheit
in Betracht kommt, Zweierlei erwägen: einmal,
daß nicht Jeder in die Absichten der erst vor Kur-
zem in ihrem Personalbestande wesentlich veränderten
Regierung ebenso eingeweiht sein kann wie die
Verfasser der „Prov.-Corr.“, folglich auch nicht den
gleichen Grad von Vertrauen zu prästiren vermag;
sobann aber, daß die Regierung, wie hoch man auch
von ihrer Macht denken mag, den Gang der öffent-
lichen Dinge doch nicht allein zu bestimmen in
der Lage ist. Wenn die verbündete Armee der
Herren Windthorst und v. Meyer-Kndorff im
Abgeordnetenhaus über die Majorität verfügte,
glaubt wohl die „Prov.-Corr.“, daß jene kirchlichen
Reactionsbestrebungen auch dann noch lediglich
von den Nationalliberalen erfanbene Gespenster
bleiben würden? Nun, für eine solche Eventualität
würde es doch immerhin von einigem Interesse, die
Ansichten des neuen Cultusministers über die For-
derungen jener Coalition kennen zu lernen. Auf
die eigenen Auslassungen der „Prov.-Corr.“ könnte
man dabei sogar mit Vergnügen verzichten, es
würde genügen, wenn sie lediglich die Antwort
des Herrn von Puttlamer auf die Be-
schwerdeschrift des Klerus der Diöcese Münster
und Paderborn mittheilte. — Kommen wir
indess noch mit einem Wort auf Dasjenige, was
nach der „Prov.-Corr.“ heut zu Tage allein auf
der Tagesordnung ist. Das Blatt polemisiert gegen
die nationalliberale Partei auf Grund des
durch eine Indiscretion an die Öffentlichkeit ge-
langten Entwurfs eines Wahlkreis. Nun, dieser
Entwurf widmet sowohl der Steuerfrage wie der
Eisenbahnfrage je einen besonderen Paragraphen.
Wie kann da die „Prov.-Corr.“ behaupten, daß die
nationalliberale Partei diesen Fragen auszuweichen
suche? Wer ihnen wirklich antwortet, ist die „Prov.-
Corr.“ selbst. Seit dem Wechsel im Finanzmini-
sterium wird Tag für Tag die Frage nach dem
Steuerreformpläne der Regierung laut. Die
„Prov.-Corr.“ aber hat Wichtiges zu thun, als
darauf zu antworten! Auf welchem anderen Wege
aber sollen wir denn nun endlich einmal erfahren,
was eigentlich die Regierung will?

Zur Wahlbewegung in Berlin wird uns
von dort vom Donnerstag wie folgt geschrieben:
„Der Berliner Conservativen giebt es zwar
nur eine geringe Zahl, aber es gelingt ihnen doch,
bei den diesjährigen Wahlen sich zu zeigen und
zu machen. Zwar ihr Plan, fortschrittliche Ver-
sammlungen zu sprengen, wird schwerlich zur Aus-
führung gelangen, denn die Ultramontanen werden
sich wohl durch die Furcht vor gar zu unliebsamen
Folgen des Experimentes zurückhalten lassen, aber
das neueste Bündniß der Berliner Conservativen
mit den Ultramontanen wird schon Raum
genug machen. In der letzten Sitzung des
hierigen Centralvereins wurde nämlich durch
den Vorsitzenden, Herrn v. Reher, ein Schreiben
verlesen, in welchem das conservative Comité ein
Wahlbündniß für die künftigen Wahlen an-
trägt und zugleich versichert, daß es selbstverständ-
lich nur Candidaten aufstellen werde, welche sich
verpflichten, dem Cultuskampf ein Ende zu machen.
Die Ultramontanen haben beschloffen, auf den Vor-
schlag einzugehen und mit den Conservativen zu
cooperiren. Den Liberalen wird das Bündniß
nicht gefällig sein. Die Nationalliberalen gehen
in allen vier Wahlbezirken Berlins mit der Fort-
schrittspartei zusammen.“

Ein Correspondent der „Befreiung“, an-
knüpfend an die Sedanfeier in Berlin, läßt die
gegenwärtige Parteilage in der folgenden Weise
zusammen:

„Der Sedantag wäre so recht geeignet gewesen,
um an die vielen gemeinsamen Ziele, erreichte wie
erfreute, der Parteien zu erinnern, die man
früher mit der Bezeichnung „reichsru“ zusam-
zufassen pflegte. In früheren Jahren wurde das
berühmte Zusammengehen zwischen Liberalen und
Conservativen von oben herab gestiftet und auf
mögliche Abschwächung der Gegensätze hinar-
beitet. Dann in Hand kamen die Parteien
den Ultramontanen und Socialdemokraten gegen-
über, die den höchsten Ehrenrang deutscher Waffnen
nicht eifrig genug mit Schwunz beweisen konnten.
Wie hat sich das Alles geändert! Nicht allein die
Partei, die einst unter Borantritt der „Reichsru“